Bundeswehrmajor Florian Pfaff referierte bei Initiative „Etz langt's"

„Feigenblatt" Truppenstatut

Beitrag zu „völkerrechtswidrigem Angriffskrieg" verweigert

ANSBACH (wg) – Weil er sich aus Gewissensgründen weigert, einen Beitrag an dem aus seiner Sicht völkerrechtswidrigen Angriffskrieg im Irak zu leisten, liegt Major Florian Pfaff seit Jahren mit der Bundeswehr im Clinch. Vor Gericht habe er mehrfach Recht bekommen; sein Arbeitgeber indes weigere sich, Urteile anzuerkennen, sagt er. Auf Einladung der Ansbacher Bürgerinitiative „Etz langt's" hat Pfaff vor rund drei Dutzend Zuhörern über „Gewissen und Grundgesetz" referiert und sich dabei auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob am US-Stützpunkt Katterbach Rechtsbruch begangen werde.

Ausdrücklich betonte der Berufssoldat, der in Zivil auftrat, dass er ausschließlich seine Privatmeinung äußere. Er erläuterte zunächst ausführlich, weshalb er durch den Krieg im Irak internationales Recht verletzt sieht. Völkerrechtlich sehe er eine „desaströse Entwicklung", sagte Pfaff, der sich durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in seiner Auffassung bezüglich des Irak-Krieges bestätigt sieht. Hart ins Gericht ging er mit Ex-Präsident George W. Bush, der „ein Massenmörder wie Saddam" gewesen sei. „Wer Totschlag begeht, darf nicht unterstützt werden", lautet sein Credo.

„Ich verachte Leute, die der Macht den Vorrang geben vor dem Völkerrecht", erklärte der Pazifist und Buchautor, bevor er auf die spezifischen Gegebenheiten in Katterbach einging. Das Nato-Truppenstatut besage nicht, dass die Amerikaner „tun und lassen können, was sie wollen", betonte er. Indes sei es äußerst schwierig, den juristisch hiebfesten Nachweis zu erbringen, dass deren Aktivitäten in hiesigen Kasernen in konkretem Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen, etwa im Irak, stehen.

Auf Fragen aus den Reihen der Zuhörer, ob man auch die Stadt Ansbach indirekt mitverantwortlich machen könnte, verwies Pfaff erneut auf das Problem eines stringenten Nachweises. Um beispielsweise gegen die geplante Wohnsiedlung am Urlas vorgehen zu können, müsste man beweisen, dass dort „Kämpfer" oder „Kombattanten" wohnen, die Völkerrecht verletzten.

„Wie ein Feigenblatt" werde das Truppenstatut verwendet, um „eine Diskussion zu verhindern", warf Heinz Kreiselmeyer ein und nannte in diesem Zusammenhang auch den Namen des städtischen Umweltreferenten Rainer Stache.

Die Bürgerinitiative „Etz langt's" habe ihre Mitgliederzahl im Lauf eines Jahres auf derzeit rund 120 verdoppelt, berichtete Vorsitzender Hansjörg Meyer. Die Beschwerden über Fluglärm der US-Helikopter „steigen an".

Fränkische Landeszeitung, 23. Februar 2009